

Erscheint in: DEMO. Die Monatszeitschrift für Kommunalpolitik
März 2012

Die Kommunen und der Rausch des Glücks

Ein Streitgespräch über Wahrheiten und Irrtümer im Spielstättengewerbe

Spielen soll bekanntlich Spaß machen. Doch manchen Kommunen vergeht das Lachen, wenn ganze Straßenzüge von dem Spielgewerbe dominiert werden und unter ihnen schwarze Schafe das Umfeld beherrschen. Aber gibt es überhaupt einen Zusammenhang zwischen Kriminalität und Spielstätten? Oder bieten die Unternehmen ein sicheres Freizeitangebot und schaffen Arbeitsplätze? Was können die Gemeinden tun? Darüber sprechen Thomas Feltes und Robert Hess. Die DEMO hat zugehört.

Feltes

Der Zusammenhang zwischen Sucht und Beschaffungskriminalität ist lange bekannt. In Spielhallen verkehren auch Spielsüchtige von denen wir wissen, dass sie Straftaten begehen, um ihre Sucht zu finanzieren. Man streitet sich nur um die Quantität, nicht um die Qualität dieses Problems. Tatsache ist, dass sie sehr hohe Summen an einem Tag verspielen können. Und für dieses „Spiel“ werden manche auch kriminell. Angefangen in der Familie, wo Geldbeutel gelehrt werden, bis zu Einbrüchen und Raubüberfällen.

Hess

98 Prozent unserer Gäste spielen völlig ohne Probleme. Um diejenigen, die mit unserem Angebot Probleme bekommen, kümmern wir uns. Die Gleichsetzung, wie sie in Ihrer Studie pauschal vorgenommen wird, möchte ich in aller Form zurückweisen. Spielstätten sind nicht der Ort, wo Kriminalität stattfindet. Natürlich gibt es auch einen Kreis von Menschen mit Problemen. Aber kein Spielstättenbetreiber kann darauf bauen, dass er von Gästen mit pathologischem Spielverhalten lebt. Sondern er setzt auf diejenigen, die vernünftig mit ihrem Hobby umgehen.

Feltes

Wir haben zudem einen dramatischen Anstieg von Straftaten im Zusammenhang mit Spielhallen, vor allem von Raubüberfällen: um über 100 Prozent in den letzten Jahren. Ob Sicherungsmaßnahmen hier tatsächlich etwas bringen, wird man sehen. Jedenfalls gibt es hier unterschiedliche Aspekte. Zum einen begehen Spielsüchtige Straftaten, um ihre Sucht zu finanzieren. Zum anderen ziehen Spielhallen selbst Straftäter an.

Hess

Spielstätten sind nicht die Ursache, sondern meistens Opfer von Raubüberfällen und damit von kriminellen Handlungen. Wir fordern die Betreiber auf, die Spielstätte noch sicherer zu machen und Bargeldbestände zu reduzieren, so wie es die Tankstellen auch machen, die ähnliche Probleme haben. Wenn es keine Bargeldbestände mehr gibt, verschwindet auch der Anreiz.

Feltes

Spielhallen in Wohngebieten sind jugendgefährdend: Jugendliche werden angelockt, „angefüttert“ und dann irgendwann abhängig von diesem Suchtmittel. Spielautomaten sind

eine Einstiegsdroge. Es ist die Ablenkung von der Normalität des Alltags durch den Spielautomaten als Hyperreiz. In der Regel sind es die (unterschiedlich stark abhängigen) Stammkunden, nicht die Gelegenheitsspieler, mit denen die Spielhallenbetreiber und die Automatenindustrie Milliarden Gewinne machen.

Hess

Wir füttern niemanden an. Denn wir verkaufen keine Drogen, wir bieten Freizeit. Wir leben auch nicht von Stammkunden, sondern von Menschen, die über freie Mittel verfügen und mit diesen verantwortungsbewusst umgehen. Der Umsatz, nicht der Gewinn, der Spielstättenbetreiber liegt übrigens bei exakt 4,2 Milliarden, vom Billard bis zum Geldgewinnspielgerät.

Feltes

Die Spieler verlieren nicht zehn Euro am Tag, sondern in der Regel einige Hundert oder sogar Tausend. Die angeblichen Sperren, die eingeführt worden sind und hohe Verluste verhindern sollen, sind geradezu lächerlich. Wie Politiker sich so hinters Licht führen lassen konnten, lässt sich nur mit der starken Lobby der Spielhallenvertreter erklären.

Hess

Jetzt mal halblang, Herr Professor. Nach dem Fraunhofer Institut beträgt der durchschnittliche Spieleraufwand zurzeit rund 11 Euro die Stunde. Das sind die Fakten. Wir informieren. Das ist unser gutes Recht. Im Vergleich zur Pharmaindustrie, der Atomwirtschaft oder dem Beamtenbund sind wir da sogar noch relativ schwach vertreten. Und wir führen auch keinen Politiker hinters Licht. Geldgewinnspielgeräte unterliegen sehr engen gesetzlichen Restriktionen, was Einsatz, Gewinn und Verlust angeht. Sollte es Verstöße geben, müssen diese Unternehmer bestraft werden und die Ordnungsbehörden strenger kontrollieren. Wer gegen Gesetze verstößt, hat bei uns nichts zu suchen.

Feltes

Es ist nicht die Aufgabe des Staates, Probleme, die eine private Lobby verursacht, zu überwachen. Das Hauptproblem sind aus meiner Sicht die kleinen Spielhallen, wo sich im Umfeld Jugendliche aufhalten und in dieses Milieu hineingezogen werden. Von der Politik werden Jugendzentren und aufsuchende Sozialarbeit massiv zurückgeschraubt und in einem anderen Bereich wird vier bis fünf Milliarden Gewinn gemacht. Das kann nicht gut gehen. Die stationäre Behandlung von Spielsüchtigen kostet den Steuerzahler pro Spielsüchtigem und Jahr über 100.000 Euro. 90 Prozent der Spielsüchtigen kommt vom Automaten spielen dort hin. Nicht vom Lotto, nicht durch große Casinos. Die Gesellschaft zahlt also für die Spielsüchtigen, mit denen eine private Branche massiven Gewinn macht. Dabei muss viele bessere Suchtprävention betrieben werden.

Hess

Sie können nicht vom Einzelfall Rückschlüsse auf eine ganze Branche ziehen. Bisher kann jedenfalls kein Rückschluss gezogen werden von Straftaten auf Spielstätten. Das sagt auch die Innenministerkonferenz.

Feltes

Statistisch gesehen ist das richtig. Aber warum? Weil es diese Auswertungen noch nicht gibt. Dafür gibt es aber genügend Hinweise von Polizeibehörden, die sagen eindeutig: Wir haben da ein Problem.

Hess

Zur Vermeidung der Kriminalität, wo Spielstätten Opfer von Einbrüchen sind, legt unter anderem die Berufsgenossenschaft die Standards fest. Geringe Bargeldbestände, Videoüberwachung, Schulungen für Mitarbeiter. Daran muss sich ein Betrieb halten, ohne Wenn und Aber.

Feltes

Es gibt Spielhallenbetreibern, die waren gestern Türsteher im Rotlichtviertel und heute sind sie Unternehmer.

Hess

Manipulation und kriminelle Machenschaften müssen verhindert werden, da bin ich ganz bei Ihnen. Spielgeräte könnten etwa landesweit miteinander zentral vernetzt werden und jedes einzelne Gerät könnte über eine Registrierung erfasst und frei geschaltet werden. Mögliche illegale Angebote wären sofort sichtbar, könnten bei Kontrollen vom Markt genommen werden. Ein Bußgeld von 500 Euro ist ja geradezu lachhaft. Außerdem fordern wir, die Anforderungen an das Berufsbild zu erhöhen. Bund und Länder sind da gefragt. Und nun zu ihren Befürchtungen, was Spielstätten in Wohngebieten betrifft: Jede Kommune hat es in der Hand selbst darüber zu bestimmen, wo Spielstätten sind und wo keine sind. Warum schütteln Sie da den Kopf, Herr Professor Feltes?

Feltes

Weil ich bezweifle, dass das so einfach geht.

Hess

Ich war selbst über Jahre hauptamtlicher Bürgermeister. Ich kann Ihnen versichern, wenn Bürgermeister nicht in der Lage sind, Vergnügungsstättenkonzepte oder Anforderungsprofile für Spielstätten aufzustellen, dann ist das ein Fehler der Stadtpolitik. Eine Gemeinde muss ihr Gebiet beplanen, gestalten und rechtzeitig gegensteuern. In Freiburg und anderen Städten ist das passiert. Bürgermeister und Ratsmitglieder sollen ihre Rechte nutzen und eine anständige Planungspolitik machen, anstatt sich über Wildwuchs aufzuregen. Es gibt genug Mittel dazu, etwa Veränderungssperren, einen Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan.

Feltes

Das wäre ja gut. Aber wenn das so stimmt, wie Sie es sagen, dann frage ich mich, warum einige Bürgermeister das dann nicht tun. Und warum sich so viele Städte als machtlos gegenüber den vielen Spielhallen sehen. Oder geht es denen nur um die Steuereinnahmen, um ihre klammen Kommunen zu finanzieren?

Hess

Das Problem der scheinbaren Spielhallenflut in den Städten kommt daher, dass so genannte Projektentwickler durch die Städte fahren, ganze Straßenzüge sichten, Bauvoranfragen stellen und die Standorte meistbietend verkaufen. Das müsste unterbunden werden.

Feltes

Da haben wir ja den Schuldigen jetzt gefunden, der sitzt aber nicht hier am Tisch. Aber was tun Sie? Warum machen sie es nicht wie die Casinos, in denen sich jeder Spieler registrieren muss?

Hess

Es gibt zwei unterschiedliche Systeme: Einerseits die staatlich lizenzierten Casinos ohne jegliche Begrenzungen bei Gewinn und Verlust an Automaten, dafür aber die Spielersperre. Andererseits das gewerbliche Unterhaltungsspiel mit ganz strikten Regulierungen im Gerät hinsichtlich Einsatz, Gewinn und Verlust und Regulierungen bei der Aufstellung. Dieses zweigeteilte System hat sich für Spielfreude und Spielerschutz bewährt. Wir haben in Europa seit Jahrzehnten die niedrigsten Pro-Kopf-Ausgaben für dieses Freizeitangebot.

Feltes

Und warum geben sie keine Chip-Karte für alle ihre Spielstätten aus, die ein Spieler wie eine Kundenkarte zum Spielen braucht?

Hess

Weil der Spieler dann sofort zur Konkurrenz, etwa in das unkontrollierte Internet, abwandert. Wenn der Gesetzgeber allerdings sagt, dass es so etwas für die gesamte Branche geben soll, sind wir dabei. Aber der gesamte Spielerschutz muss schlüssig sein.

Feltes

Also geht es Ihnen nicht um die Menschen, sondern um den Gewinn.

Hess

Das ist doch Quatsch. Es geht nicht nur um den Gewinn, sondern auch um den verantwortlichen Umgang mit dem Thema Spiel.

Feltes

Nun, alles was man im Vorfeld vermeiden kann, muss man hinterher nicht mit einem Gesetz regeln. Unsere Gesellschaft wird zunehmend abhängig von Suchtstoffen, weil wir eine Entwicklung haben, in denen sich Menschen weniger umeinander kümmern. In diese Lücke stoßen die Spielhallen hinein. Das kann man ihnen nicht vorwerfen, so ist der Kapitalismus. Aber der Staat muss das Problem erkennen und darauf reagieren. Ob die neue Gesetzgebung um den Glückspielstaatsvertrag dazu beiträgt, kann ich noch nicht beurteilen. Eine wissenschaftliche Evaluierung wäre dazu aber sinnvoll. Denn im Bereich Spielhallen wird noch immer viel gemutmaßt, ohne wissenschaftliche Hintergründe und mit sehr unterschiedlichem Zahlen.

Hess

Stimmt. Das ist das Problem vieler Diskussionen.